

Kamingespräch Bauhausuniversität / 04.02.2021

Seit Bekanntwerden der Absicht der Stadt Weimar, eine bis heute bewirtschaftete Ackerfläche im Merketal an die LEG zu verkaufen, um diese einer späteren Wohnbebauung zuführen zu können, engagiert sich unsere Bürgerinitiative für den Erhalt dieses Naturraumes. Die Behauptung des OB Kleine zur Bürgerversammlung im September 2020, die Stadt würde hier nur eine kleine Fläche veräußern, da der LEG sowieso fast der gesamte Bereich bereits gehöre, stellte sich bald als falsch heraus! Auch in der Presse wurde diese falsche Flächenverteilung noch einmal publiziert. Richtig ist vielmehr, dass die LEG knappe 30 % des geplanten Bebauungsgebietes besitzt, der Stadt Weimar ca. 60 % gehören und 10 % der Flächen in privatem Besitz sind. Diese 60 % möchte die Stadt Weimar nun an die LEG veräußern. Wie mit den privaten Besitzern verfahren werden soll, die dort vorrangig Gartengrundstücke besitzen, ist unklar. Soviel zur Ausgangslage. Zu erwähnen ist, dass es sich bei dem geplanten Bebauungsgebiet ausschließlich um Agrarflächen und Gärten handelt.

Insofern sehen wir als Bürgerinitiative den Erhalt des Naturraumes nicht nur im Interesse der Anwohner sondern als wichtigen Beitrag der Stadt Weimar zu den Themen Klimaschutz und Engagement für eine nachhaltige Zukunft. Diese Meinung teilen mittlerweile mehr als 600 Menschen (siehe www.merketal.de); darunter auch Einwohner aus anderen Stadtvierteln Weimars. Es ist keine neue Erkenntnis, muss in diesem Zusammenhang aber nochmals erwähnt werden: Flächenverbrauch und Bodenversiegelung haben erhebliche negative Auswirkungen auf (lokales) Klima, Naturschutz und Wasservorräte.

Warum soll so vehement ausgerechnet Agrarland zugebaut werden?

Gibt es den Bedarf überhaupt? Ein breiter Diskurs über den notwendigen Bedarf des Bauvorhabens zum jetzigen Zeitpunkt sollte vorher zwingend in Gang gebracht werden! Mit einem Verkauf wird dieser jedoch abgewürgt.

Das Wohnungsmarktkonzept Weimar 2019–2023 verweist für die Stadt bis 2035 auf einen Bevölkerungsrückgang von 3,8%. Laut Angaben des Statistischen Landesamtes leben jährlich 11.000 Menschen weniger in Thüringen. Das Statistische Landesamt bestätigt die rückläufige Bevölkerungsentwicklung für Weimar ebenfalls mit mindestens 3,8% bis 2035.

Auf Seite 56 des Konzeptes wird auf die demographische Entwicklung eingegangen, wonach im Basisjahr 2017 fast 1.500 Personen, die über 85 Jahre alt waren, in Weimar außerhalb eines Heimes lebten. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen. Bedenkt man, dass selbst die Babyboomerjahrgänge 1960–65 jetzt 60 Jahre alt sind. Diese Generation und

Ältere sind aber die Besitzer der Immobilien von heute. So werden bis 2023 lt. Konzept bereits bis zu 988 Wohnungen alterungsbedingt frei. Schwerpunkte sind die Westvorstadt, Weimar-Nord und Oberweimar-Ehringsdorf.

Fazit aus dem stadteigenen Konzept: Für den Neubaubedarf der Stadt werden hier 600 Einheiten angesetzt. Zitat S. 58: „Berücksichtigt man die bereits in Planung befindlichen bzw. begonnenen Neubauprojekte (u.a. Baumschulenweg, Eduard-Rosenthal-Straße, Lützendorfer Straße, Marcel-Paul-Straße, usw.), sind grundsätzlich keine weiteren Neubauprojekte zur Bedarfsdeckung notwendig.“ Trotzdem befinden sich in Weimar bis 2023 mehr als 1.200 Wohnungen noch im Bau!
Also schon jetzt ein absoluter Überbedarf.

Wenn hier OB Kleine auf unsere Bürgeranfrage hin antwortet, er orientiere sich an den Zahlen des Einwohnermeldeamtes der Vergangenheit, spricht dies nicht gerade für Weitsicht! Dabei wurden die wirtschaftlichen Verwerfungen der Corona-Pandemie noch gar nicht berücksichtigt. Auch hier stellt sich uns die Frage, warum wird dieses Vorhaben auch in solch schwierigen Zeiten so vehement voran getrieben?

Ein weiter so darf es nicht geben!

Vor allem den gesellschaftlichen Forderungen weltweit wie Klimaschutz vor Wachstum, Elektromobilität vor Verbrennungsmotor oder Agrarflächen vor versiegelten Flächen, kann sich der Stadtrat doch nicht verschließen! Laut Veröffentlichungen der EU soll es bis zum Jahr 2050 keine Flächenneuversiegelung für Bauprojekte mehr geben. Boden ist eine absolut wertvolle und nicht nachwachsende Ressource. Augenmerk bei Bauprojekten soll daher auf der Nutzung von Brachflächen und/oder Konversionsflächen liegen.

Im Großen kann hier nur eine Wende gelingen, wenn im Kleinen damit begonnen wird.

Und dafür tragen auch die Entscheider in der Stadtverwaltung Verantwortung. Eine Bebauung unter diesen Prämissen ist völlig kontraproduktiv – das Merketal dient als Frischluftkorridor für die Stadt, befindet sich zwischen zwei geschützten Flächen (Schanzengraben, Oberes Merketal), bei Starkregen nimmt das Feld Wasser auf etc. **Das alles soll zubetoniert werden? Der Flächenverbrauch ist in Weimar jetzt schon viel zu hoch!** Bekenntnisse zum Umweltschutz aus allen Fraktionen werden zwar formuliert, wie z. B. der Schutz von Feldrainen, Anlegen von Blühstreifen, Zählung von Kleingärten (es gibt zu wenig). Doch was wird in der Tat wirklich geändert? Jetzt könnte ein Bekenntnis dazu mit dem Erhalt des Naturraumes Merketal geleistet werden!

Verlust von landwirtschaftlichen Flächen – Regionale Produkte: Woher sollen die kommen, wenn die Äcker verschwinden? Weshalb leistet Weimar einen Beitrag zum Verschwinden von landwirtschaftlich genutzten Flächen? Landwirte beklagen, dass ihnen immer mehr Flächen abhanden kommen. Wer soll uns künftig ernähren, wenn alle dabei mitmachen? Warum jetzt wieder 9 ha Agrarfläche verbauen und an anderen Stellen der Stadt liegen Flächen brach? Warum wird nicht der ehemalige Landfried bebaut oder Flächen der ehemaligen Kasernen an der Ettersburger Straße?

Zu einer möglichen Bebauung im Merketal (falls man gegenüber all diesen Argumenten tatsächlich die Augen verschließen will): Hier wird von der Stadt vollmundig verkündet, dass ein Verkehrskonzept und ein Architekturwettbewerb dem Bebauungsplan voran gestellt werden sollen. Ohne Prüfung der Umsetzbarkeit schreibt jedoch der Städtebauliche Grundvertrag zum Kaufvertrag bereits jetzt für den Standort Merketal II vor, dort Geschosswohnungsbau vorzusehen, nur ein Drittel der vorgesehenen Bauflächen sollen Einfamilienhäuser werden. Auch die Forderungen nach Sonderwohnformen, Wohnprojekten von Baugemeinschaften, Genossenschaften, anderen Bau- und Wohngruppen und gezielte Bauten für mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungsbau, alles zum Festpreis oder im Losverfahren, lassen erahnen, welches Sammelsurium an Architektur hier entstehen wird. All diese Forderungen verhindern bereits im Vorfeld, Erkenntnisse aus einem ausstehenden Verkehrskonzept, einem Architekturwettbewerb und anderen Möglichkeiten Raum zu geben. Wenn es denn sein müsste – könnte nicht auf der Fläche in Weimar, „der Wiege des Bauhauses“, eine städtebauliche Mustersiedlung entstehen, welche zukunftsorientiertem Bauen und dem Ruf von Weimar gerecht wird?

All diese Diskurse werden mit einem Verkauf zum jetzigen Zeitpunkt jedoch beendet und verhindert! Es drängt sich der Eindruck auf, dass es gar nicht um die Sinnfälligkeit des Projektes Merketal II geht, sondern vielmehr um die Beschäftigung oder besser die Legitimation des Unternehmens LEG, welches mit diesem Projekt ein Stück seines Selbstzweckes erhalten möchte.

Fassungslos sind wir auch angesichts der aktuell weiteren Planungen für Umwidmungen von Ackerland z.B. in Gelmeroda (ca. 70 ha) als auch in Urbich (40 ha?). Wieso handeln die Stadtvertreter entgegen des selbst gegebenen Wohnungsmarktkonzeptes? Wieso engagiert sich eine landeseigene Gesellschaft (LEG) mit Steuergeldern (?) bei diesen Projekten und arbeitet klimapolitischen Landeszielen entgegen?

Bürger für den Erhalt des Naturraumes Merketal